

# Allgemeine Laberzeitung

Heimatausgabe des Straubinger Tagblatts

Nummer 112

Johannes Nepomuk – Dienstag, 16. Mai 2017 – Die fünf Märtyrer von Lyon

1,50 € / B 1094 A

## LOKALES

Anlage misst Tempo und Lautstärke passierender Motorräder **13**

## REGIONALES

Europahaus in Freyung mit Festrede von Minister Brunner eröffnet **12**

## DIE SEITE DREI

Geburtenrate in Deutschland weiter unter EU-Schnitt

## WIRTSCHAFT

Ölpreis steigt: Russland und Saudi Arabien verknappen Angebot **7**

## SPORT

Donaustauf: Kult-Trainer Karsten Wettberg löst Klaus Augenthaler ab **36**

## SPD will nach dem Debakel in NRW wieder aufdrehen

Konkrete Vorschläge sollen Kanzlerkandidat Schulz beflügeln – Merkel ruft Union zur Einigkeit auf

Berlin/Düsseldorf. (dpa) Nach dem Wahldebakel in Nordrhein-Westfalen will SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz den Kampf um die Macht in Berlin wieder aufnehmen und mit konkreten Vorschlägen punkten. „Manchmal kriegt ein Boxer einen Leberhaken, aber das heißt noch nicht, dass die nächste Runde schon an den Gegner geht. In der nächsten Runde ist jemand wie ich kamferprobt“, sagte der SPD-Chef am Montag in Berlin. Die CDU-Spitze um Kanzlerin Angela Merkel warnte vier Monate vor der Wahl vor Übermut.

Schulz sagte, die SPD werde die Kritik auch aus den eigenen Reihen aufgreifen und nun ganz konkrete Vorschläge für die Zukunft in Deutschland machen. Wichtig seien vor allem Investitionen in Bildung und innovative Technologien. Der Kandidat räumte ein: „Bis zur Bundestagswahl am 24. September haben wir eine lange Wegstrecke. Die ist steinig, und die wird hart werden.“ Er sei aber zuversichtlich.

Merkel rief die Union nach den CDU-Erfolgen in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein zur Einigkeit auf. „Wir sind uns sehr bewusst, dass wir diese Herausforderungen des Bundestagswahlkampfes genauso meistern wollen, wie wir jetzt das in drei Landtagswahlkämpfen gemacht haben, nämlich gemeinsam“, sagte die Bundeskanzlerin. CDU-Spitzenpolitiker diskutierten nach dem Wahlsieg in NRW mögliche Koalitionen im größten Bundesland und

was diese für die Bundestagswahl bedeuten könnten. CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn sagte der dpa, Schwarz-Gelb in NRW wäre auch ein „starkes Signal für den Bund“. CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach warnte in der Welt: „Ich kann meiner Partei nur raten, mit beiden Beinen fest auf dem Boden zu bleiben und jede Form von Arroganz und Überheblichkeit zu unterlassen.“ Der Wahlsieg in NRW sei „keine Vorentscheidung für die Bundestagswahl“. Laut Umfragen ist ein schwarz-gelbes Bündnis im Bund aktuell außer Reichweite, da die FDP nur bei sechs Prozent liegt.

Anders in Nordrhein-Westfalen: Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner zeigte sich offen für Gespräche mit der CDU in Düsseldorf. Er betonte aber, „nur wenn es einen echten Politikwechsel gibt, sind wir dabei“. Die SPD will nach ihrer schweren Niederlage dagegen keine Koalition mit dem Wahlsieger CDU bilden. Das habe der SPD-Landesvorstand angesichts der Mehrheit von CDU und FDP im neuen Landtag beschlossen, sagte SPD-Fraktionschef Norbert Römer am Montagabend in Düsseldorf. „Mit uns gibt es keine große Koalition.“ Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kommt die CDU auf 33, die SPD auf 31,2 Prozent. Dahinter folgt die FDP mit 12,6 Prozent. Mit 7,4 Prozent zieht erstmals die AfD in den Landtag ein. Die bislang an der Regierung beteiligten Grünen stürzten auf 6,4 Prozent ab. Die Linkspartei scheiterte mit 4,9 Prozent. ▶ Seite 5/Kommentar Seite 2



MERKEL UND MACRON WOLLEN REFORM DER EU: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der neue französische Präsident Emmanuel Macron streben eine weitere Modernisierung der Europäischen Union an und sind dabei auch offen für die Änderung bestehender Verträge. Merkel und Macron kündigten am Montag in Berlin einen gemeinsamen Fahrplan („Road Map“) für Reformen in der EU und der Euro-Zone an. ▶ Seite 2

## Manege frei für Zirkus „Zapp Zarapp“

Schüler präsentierten nach Projektwoche spektakuläres Programm

Langquaid. (lw) Es war schon eine überaus fordernde und intensive Probenarbeit, die da an der Grund- und Mittelschule Langquaid (Kreis Kelheim) erstmals unter Einbindung der Grundschulen in Sandsbach und Hausen über die Bühne ging. Am Wochenende konnte aber der Zirkus „Zapp Zarapp“ – ein überaus ehrgeiziges Schulprojekt – einem großen Publikum präsentiert werden.

Fast bald schon unglaublich, was die Schüler und Schülerinnen aller Jahrgangsstufen unter Anleitung einstudiert haben, um dem restlos begeisterten Publikum eine wirklich sehenswerte und absolut zirkusreife Vorstellung zu bieten. Da verwundert es kaum, dass die vier angesetzten Vorstellungen restlos ausverkauft waren.

Und es war wirklich spektakulär, was da – wie in jedem „echten“ Zirkus auch – dem staunenden und begeistert applaudierenden Publikum



Die Feuerschlucker zeigten ihre heißen Künste. In einem ehrgeizigen Schulprojekt studierten Kinder ein komplettes Zirkusprogramm ein. (Foto: lw)

geboten wurde, angefangen von Feuerschluckern über die Todeskugel, dem Laufen auf heißen Glasscherben, bis hin zu Zaubereien, Akrobatik, Seiltanz und vielem

mehr. Höhe- und Schlusspunkt waren für die Zuschauer augenscheinlich die akrobatischen und kühnen Vorführungen der jungen Artisten auf dem Trapez. ▶ Seite 29

## WETTER

Heute



22 | 8

Morgen



25 | 11

Ausführliches Wetter ▶ Seite 12

Rätsel ▶ Seite 10

TV-Programm ▶ Seite 40

Kindernachrichten ▶ Seite 34

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09423/94337 0

4 190652 701502

Vertriebsservice • 09421/940 6400

## Eskalation statt Entspannung

Türkei verbietet Bundestagsabgeordneten erneut Incirlik-Besuch

Berlin. (dpa) Die Türkei hat Bundestagsabgeordneten erneut einen Besuch bei den deutschen Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik untersagt und damit die Krise in den deutsch-türkischen Beziehungen weiter verschärft. Die Bundesregierung droht nun erstmals offen mit einem Abzug der deutschen „Tornado“-Aufklärungsjets, die sich von der Türkei aus am Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) beteiligen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) wollen aber zunächst weiter in Gesprächen nach einer Lösung des Streits suchen. Die türkische Entscheidung nannte Merkel „misslich“, das Auswärtige Amt sprach sogar von einem „absolut

inakzeptablen“ Verhalten. SPD, Linke und Grüne fordern den sofortigen Abzug der Bundeswehrtruppe aus der Türkei. Favorit unter den Alternativstandorten ist Jordanien.

Der Besuch der Obleute des Verteidigungsausschusses war für Dienstag geplant und bereits vor Wochen angekündigt worden. Am Samstag wurde die Absage dem Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene mitgeteilt, am Montag wurden die Abgeordneten informiert. Als Grund wurde die Gewährung von Asyl für türkische Offiziere in Deutschland angegeben. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz zeigte sich in der ARD empört darüber: „Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht erpressbar“, sagte er. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich, von der SPD, sprach sich für eine sofortige Verlegung der Bundeswehr-Truppe in ein anderes Land aus. Grüne und Linke halten das für längst überfällig. Der CDU-Verteidigungsobmann Henning Otte forderte dagegen lediglich, „mit höherer Dringlichkeit alternative Stationierungsorte in Betracht zu ziehen“. Die Bundesregierung will zunächst einmal abwarten, ob die türkische Seite nicht doch noch einlenkt. „Wenn es bei dieser endgültigen Absage bliebe, dann allerdings glauben wir nicht, dass wir in der Türkei weiter die Bundeswehr stationieren können“, betonte Gabriel aber. Er will am Mittwoch bei einem Besuch in Washington mit den USA über den Anti-IS-Einsatz sprechen.

## Bevölkerungsrückgang weitestgehend gestoppt

Straubing/München. (ta) In weiten Teilen Bayerns ist der Bevölkerungsrückgang gestoppt. Laut dem am Montag in München vorgestellten aktuellen Heimatbericht verzeichnen nur noch sieben Landkreise rückläufige Einwohnerzahlen zwischen 0,1 und 0,3 Prozent – in der Oberpfalz ist es der Landkreis Neustadt/Waldnaab. Alle anderen 89 Landkreise und kreisfreien Städte können dagegen eine positive Entwicklung verbuchen.

„Der ländliche Raum in Bayern hat Zukunft. Unsere Heimatstrategie wirkt. Der Trend zeigt wieder mehr junge Leute auf dem Land“, sagte Heimatminister Markus Söder (CSU). Die Trendwende geschafft hätten unter anderem die Landkreise Amberg-Sulzbach und Tirschenreuth sowie die kreisfreie Stadt Amberg. ▶ Seite 10